

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

**Aus dem Landtag vom 19. März 2015**

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/wwa>

## Hochschulgesetznovelle: Ombudsperson, Zivilklausel und mehr Transparenz in der Auftragsforschung

Mit dem heute beschlossenen Dritten Hochschulreformgesetz werden im Wesentlichen drei grüne Kernforderungen in Gesetzesform gegossen: zum einen die Einführung einer Ombudsperson an den Hochschulen, die als neutraler Ansprechpartner bei Studienproblemen für die Studierenden und Promovierenden zur Verfügung steht. Zum anderen wird die sogenannte Zivilklausel, die Forschung zu friedlichen Zwecken, im Gesetz festgeschrieben. Bislang hatten sich die Hochschulen selbst eine solche Klausel gegeben. Desweiteren soll eine öffentlich zugängliche Forschungsdatenbank für Drittmittelprojekte eingeführt werden, aus der alle Projekttitel, die wesentlichen Inhalte und Zielsetzungen, die Auftraggeber, die Fördersummen und die Laufzeit der Projekte ersichtlich werden – unter Berücksichtigung gesetzlicher Schutzrechte. Ein rot-grüner Änderungsantrag legt unter anderem fest, dass sich die Veröffentlichung an den Maßgaben des Informationsfreiheitsgesetzes orientieren muss, das für alle öffentlichen Einrichtungen gilt.



Silvia Schön, die wissenschaftspolitische Sprecherin, ging auf die von den Hochschulrektoren und der Handelskammer geäußerte Kritik an den Transparenzregelungen ein. Die Hochschulen verfügen über durchschnittlich 280 Millionen Euro im Jahr, mindestens 255 Millionen davon sind öffentliche Mittel. Nur 13

Millionen kommen aus der Wirtschaft. Die BürgerInnen wollen wissen, was mit den Steuermitteln geschieht und fordern Transparenz, erst recht in Zeiten von Mittelknappheit. Es kann nicht sein, dass an öffentlichen Hochschulen privatwirtschaftliche Interessen zu schützen sind. Ich würde mich freuen, wenn es in Bremen mehr Unternehmensforschung gäbe. Unternehmen in Baden-Württemberg sind da weiter, was man auch an der Zahl der Patentanmeldungen sehen kann. Transparenz schützt an öffentlichen Hochschulen die Freiheit der Wissenschaft: Die Hochschulen können zeigen, dass sie erkenntnisorientiert arbeiten und nicht im privaten Interesse. Silvia Schöns Fazit: Die Transparenzregeln sind richtig gut, sie sind innovativ und vorausschauend für eine freie Wissenschaft.

## Zur Zukunft der swb

Als im Jahr 2009 der Bremer Energieversorger swb von der EWE-Gruppe übernommen wurde, wurden Bestandsgarantien für den Bremer Standort vereinbart, die Ende 2019 auslaufen. Deshalb müssen frühzeitig Anschlussvereinbarungen vorbereitet werden. Eine Große Anfrage von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN griff dieses Problem auf.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



Die energie- und Klimaschutzpolitische Sprecherin Anne Schierenbeck führte dazu aus, dass das Land Bremen, der bremische Senat, über seinen Sitz im swb-Aufsichtsrat Einfluss ausüben kann. Die bremischen Kommunen können durch ihre Beteiligung an den Versorgungsnetzen über einen Beirat

zusätzliche Impulse in den Konzern geben. Auch bei der Umsetzung der Klimaschutzziele Bremens gibt es eine Zusammenarbeit. Und natürlich kann das Land Bremen durch gute Rahmenbedingungen, etwa indem wir hier ausreichend Fachleute ausbilden, die swb bei der Sicherung von Arbeitsplätzen unterstützen. Aber wir dürfen eins nicht vergessen: Das Land Bremen hat die Stadtwerke privatisiert und die eigenen Anteile an der swb verkauft. EWE besitzt nahezu 100 Prozent der Aktien. Die swb ist kein kommunales Unternehmen, sondern ein privates. Die wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft des Konzerns werden in den Führungsetagen in Oldenburg und Bremen getroffen. Das wurde damals bei der Privatisierung so entschieden, das ist die Situation.

Aber, so Schierenbeck: Die geringe Nachfrage nach konventionell erzeugtem Strom hat eine Wertberichtigung der konventionellen Erzeugungseinheiten im Konzern erforderlich gemacht, teilte EWE mit Verweis auf den swb-Kraftwerkspark Bremen mit. Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet EWE weiterhin ein schwieriges Marktumfeld. In diesem Zusammenhang ist es für die Zukunft der swb eher bedenklich, wenn die EWE – wie im Herbst 2014 im Aufsichtsrat beschlossen – die Anteile an der swb nur noch als Beteiligung führt. Denn in der Tat sind hier in Bremen bei der swb die fossilen Erzeugungskapazitäten des Konzerns konzentriert, während die Aktivitäten im Erneuerbaren Bereich eher bei der EWE stattfinden. Folgt man der Logik von Eon und Vattenfall könnte dahinter eine Strategie der EWE vermutet werden, sich von dieser fossilen Sparte auch wieder trennen zu wollen. Sie haben verstanden: Die Zukunft liegt bei den Erneuerbaren. Ich hoffe, dass dies auch die swb versteht. Dann hat sie unsere volle Unterstützung. Denn wir wollen einen gut aufgestellten Energieversorger für unsere Städte, der eine klimafreundliche und nachhaltige Energieversorgung und nachhaltige Arbeitsplätze sichert. Wenn wir uns in Bremen dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen auf Bundesebene für private Energieunternehmen wie die swb zu optimieren, können wir unseren Teil dazu beitragen, die Firmen zu stabilisieren.

## LuxLeaks als Wendepunkt für europäische Steuerpolitik

„LuxLeaks“ bezeichnet knapp die Veröffentlichung vertraulicher Unterlagen der Unternehmensberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Price-WaterhouseCoopers aus einer undichten Stelle („leak“). Diese Dokumente beweisen, wie sich große Unternehmen durch die Gründung von Tochtergesellschaften in Luxemburg um die Verpflichtung, im Land ihres Firmensitzes Steuern zu zahlen, herumogeln. Dabei entscheidend waren Steuervereinbarungen Luxemburgs mit den Unternehmen, die dadurch teilweise nur ein Prozent Steuern zahlen mussten. Es soll sich um weit über 300 Firmen handeln, die Steuern in Milliardenhöhe „legal“ eingespart haben. Der aggressive Steuerwettbewerb vor allem der Niederlande, Luxemburgs, Irlands und Österreichs ist ein Bruch europäischen Rechts. Und wer sich der Verantwortung für das Gemeinwesen entzieht, wälzt diese und die Steuerlast auf andere ab: Das sind die BürgerInnen und mittelständische



Unternehmen, die keine Möglichkeit zu international organisierter Steuer-  
vermeidung haben. Ein Antrag fordert den Senat auf, sich auf Bundes- und  
Europaebene für Regelungen einzusetzen, die einerseits der Steuervermei-  
dung entgegenwirken und andererseits zu einer Steuerharmonisierung in  
Europa führen.



Der europa- und finanzpolitische Sprecher  
Hermann Kuhn hatte den Antrag konzipiert  
und erläuterte, wie das „legale“ System  
funktioniert: International agierende Firmen  
sind in allen Ländern tätig mit Produkten und  
Dienstleistungen. Sie lassen dort Werte  
schaffen, nutzen dafür die von den Staaten

geschaffene und von den BürgerInnen finanzierte Infrastruktur. Sie zahlen  
aber Steuern auf ihre Gewinne nicht dort, wo sie entstehen, sondern dort,  
wo die Steuersätze am niedrigsten sind. Das können sie, da sie ihre  
formellen Firmensitze beliebig wählen können; und weil sie durch interne  
Verrechnungen verschiedenster Art, zum Beispiel fiktiver Kosten für  
Patente, selbst steuern können, wo die Gewinne am Ende auftauchen. So  
zahlen Firmen wie Apple, Facebook, Starbucks, IKEA und viele andere am  
Ende lächerlich geringe Steuern auf ihre Gewinne.

Im Gegensatz zu Steuerbetrug und Steuerflucht ist diese „Steuer-  
gestaltung“ heute oft nicht illegal. Die Firmen und ihre Steuerberatungsindustrie  
pochen auf ihr „gutes Recht“. Es mag sein, so Hermann Kuhn, dass nicht  
alles illegal ist, aber auf keinen Fall ist das ein „gutes“ Recht. Wir müssen  
das Recht besser machen. Wir müssen gemeinsam in Europa, möglichst  
dann auch im Rahmen der OECD dafür sorgen, dass die Regeln und  
Gesetze so geändert werden, dass diese Art von „Steuergestaltung“ nicht  
mehr legal ist. So wie der gemeinsame Markt einen EU-weiten Mindestsatz  
bei der Mehrwertsteuer erzwungen hat, wird es höchste Zeit, auch bei der  
Unternehmensbesteuerung zu einer Harmonisierung in der EU zu kommen.  
Die Zeit ist reif, dass die Europäische Kommission unter Juncker eine  
europäische Antwort auf die schädliche Politik des Ministerpräsidenten  
Juncker findet.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)